

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 88 846 pbbn d



## Inhalt

42. Jahrgang / 159

24. August 1987

Dr. Uwe Holtz MdB setzt sich für gemeinsame Entwicklungsprojekte zwischen der Bundesrepublik und der DDR ein: Ein Beitrag zur Sicherung des Weltfriedens.  
Seite 1

Dr. Dieter Spöri MdB weist auf die unterschiedlichen Haltungen zur Steuerreform innerhalb der Koalition und innerhalb der Union hin: Stoltenbergs Steuerpolitik durchkreuzt Geißlers Unionsstrategie.  
Seite 3

Robert Leidinger MdB nennt Alternativen zu den Regierungsplänen und der Tschernobyl-Molke: Verseuchtes Pulver soll in Bergwerksstollen.  
Seite 4

### Ein Beitrag zur Sicherung des Weltfriedens

Gemeinsame Entwicklungsprojekte zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik

Von Dr. Uwe Holtz MdB  
Vorsitzender des Bundestags-Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Der bevorstehende Besuch des Staatsratsvorsitzenden der DDR, Erich Honecker, in der Bundesrepublik könnte Anlaß dafür sein, auch über eine Kooperation der beiden deutschen Staaten auf entwicklungspolitischem Gebiet nachzudenken. Der politische Wille, der in der Forderung „von deutschem Boden soll Frieden ausgehen“ zum Ausdruck kommt, sollte sich auch in gemeinsamen Entwicklungshilfeprojekten zwischen der Bundesrepublik und der DDR in der Dritten Welt niederschlagen.

Wenn auch aus zum Teil anderen Motiven als die Bundesrepublik hat sich die DDR aus ideologischen Erwägungen wie auch unter dem Gesichtspunkt der ökonomischen Effektivität entwicklungspolitisch in Ländern der Dritten Welt engagiert, und zwar hauptsächlich im industriellen, medizinischen sowie im Bildungs- und Ausbildungs-Bereich, und verfügt über dementsprechende Erfahrungen.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressenhaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Vervielfältigung  
nur unter der Aufsicht  
des Verlags



Auch auf nicht-staatlicher Ebene manifestiert sich das Bewußtsein, daß das Phänomen der Untarentwicklung eines der Weltprobleme der Gegenwart ist. In den letzten Jahren sind in der DDR immer mehr kirchliche Werke und Basisgruppen über die unmittelbare Katastrophenhilfe hinaus in Entwicklungsländern tätig geworden im Sinne einer Hilfe zur Selbsthilfe - trotz des nach wie vor bestehenden Problems der Nicht-Konvertierbarkeit der DDR-Währung. Beispielhaft zu nennen für eine Vielzahl von Initiativen unterschiedlicher kirchlicher Institutionen sind hier die Hilfsprogramme mit Fahrrädern und gebrauchten Nähmaschinen, die die Kirchenprovinz Sachsen für ihre Partnerdiözesen der Evangelischen Kirche in Tansania organisierte. Das Spektrum der unterstützten Entwicklungsländer hat sich verbreitert und umfaßt neben sozialistischen Ländern auch Staaten unterschiedlicher Orientierung wie etwa Indien.

Denkbar wären von der Bundesrepublik und der DDR gemeinsam initiierte Projekte in einem Rahmen, wo sie trotz der Unterschiede und Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden deutschen Staaten überhaupt möglich sind, das heißt in unumstrittenen Bereichen, wie etwa Umwelt und Gesundheit, und in Ländern wie Tansania. Vielleicht könnte der auf der Basis des Grundlagenvertrages angebaute Informations- und Erfahrungsaustausch im Umweltbereich als Fundament für ein solches Vorhaben genutzt werden.

Letzten Endes bleibt der Ausgleich des Nord-Süd-Gefälles eine Herausforderung für alle Staaten, unabhängig von ihrer Gesellschaftsordnung. Ein gemeinsamer Beitrag zur Beseitigung der Unterentwicklung wäre ein gemeinsamer Beitrag zur Sicherung des Weltfriedens.

Hiervon könnte ein neuer, zusätzlicher Impuls für die deutsch-deutschen Beziehungen ausgehen. Auch in der CDU/CSU-Fraktion gibt es Stimmen, die diesen Vorschlag zumindest für prüfenswert halten, wie Gespräche zwischen Entwicklungspolitikern aller Fraktionen mit Vertretern des Ost-Berliner Instituts für Internationale Politik und Wirtschaft in der DDR und in Bonn am 14. Mai beziehungsweise 22. Oktober des letzten Jahres gezeigt haben.

(-/24.8.1987/st/ks)

\* \* \*



Stoltenbergs Steuerpolitik durchkreuzt Geißlers Unionsstrategie

Die Bürger haben ein Recht auf die Wahrheit

Von Dr. Dieter Spöri MdB  
Obmann der SPD-Fraktion im Finanzausschuß des Deutschen Bundestages

Die vernichtenden Ergebnisse aller Meinungsumfragen der letzten Zeit zur Steuerpolitik der Bundesregierung (Infratest, Emnid, Allensbach) haben die Koalitionsparteien nervös gemacht. Die Bürger glauben nicht, daß ihnen die versprochene Steuerreform unterm Strich etwas bringt, und lehnen die Steuerpläne der Bundesregierung ab.

Weil seine Steuerpolitik für die Union immer mehr zu einer Belastung wird, gerät Bundesfinanzminister Stoltenberg in seiner eigenen Partei zunehmend in die Isolierung. Seine Politik der einseitigen Steuersenkung für Spitzenverdiener, die die große Mehrheit unserer Bürger durch eine höhere Mehrwertsteuer, durch eine Verteuerung des Benzins und durch den Abbau von Arbeitnehmerfreibeträgen bezahlen soll, durchkreuzt die Strategie von CDU-Generalsekretär Geißler, der die CDU den Arbeitnehmern schmackhafter machen will. Die arbeitnehmerfeindliche Steuerpolitik der Bundesregierung verurteilt Geißlers Versuch, die Union zur „Mitte“ hin zu öffnen, von vornherein zum Scheitern.

Letztlich profitiert von der Steuerpolitik für Spitzenverdiener nur die Klientelpartei FDP. Stoltenberg zieht willig den FDP-Karren und nimmt sogar noch klaglos hin, daß die FDP die Peitsche schwingt: Die FDP sei der Garant für diese Steuerreform, tönt ihr Vorsitzender Bangemann. Bangemann wirft jetzt sogar den Unionskritikern an der Steuerpolitik der Bundesregierung vor, sie seien zum traurigen Stichwortgeber der SPD geworden.

Das schäbige Spiel der FDP in der Steuerpolitik ist leicht zu durchschauen: An der massiven Ablehnung, auf die die Steuerpolitik der Bundesregierung bei der Mehrheit stößt, ist für sie nicht etwa deren erwiesene Ungerechtigkeit und Unredlichkeit schuld. Schuld sind für die FDP vielmehr diejenigen, die das wahrheitsgemäß sagen.

Unsere Bürger haben aber einen Anspruch darauf, daß ihnen endlich reiner Wein eingeschenkt wird. Die SPD fordert deshalb den Bundesfinanzminister und die FDP auf, noch vor den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Bremen mit der Wahrheit über ihre Steuerpläne herauszurücken und mit der fortgesetzten Diffamierung besonnener Kräfte in der Union, die eine Steuerpolitik mit Augenmaß fordern, Schluß zu machen.

Die SPD reicht zu einer gerechten und soliden finanzierten Steuerpolitik der Vernunft die Hand. Voraussetzung dafür ist aber, daß in der Regierungskoalition nicht länger der FDP-Schwanz mit dem Unions-Hund wedelt.

(-/24.8.1987/st/ks)

\* \* \*



Verseuchtes Pulver soll in Bergwerkstollen

**SPD-Landesgruppe kritisiert Verfahren zur Beseitigung der Tschernobyl-Molke**

Von Robert Leidinger MdB

Grundlage unserer Kritik an den Plänen der Bundesregierung zur Beseitigung der verstrahlten Tschernobyl-Molke ist die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der bayerischen SPD-Landesgruppe im Bundestag zum weiteren Verbleib der Strahlenmolke.

Aus der Antwort geht hervor, daß Umweltminister Töpfer dilettantisch verharmlost, die beauftragten Wissenschaftler nur vermeintlich alles im Griff haben und sich in der Praxis bisher keine vernünftige Lösung abzeichnet.

Das angestrebte Beseitigungsverfahren nach Professor Römer ist aus drei Gründen nicht praktikabel.

Die Bundesregierung geht in ihrer Antwort von einer täglichen Entsorgungsmenge zwischen 10 und 50 Tonnen aus. Dies bedeutet einen Dekontaminationszeitraum von einem bis fünf Jahre. Weder die Bevölkerung in Meppen und Feldkirchen, noch in Hungen würde dies akzeptieren. Immerhin ist ursprünglich eine Lagerzeit von 12 Wochen angenommen worden.

Höchst riskant ist die geplante Wiedereinführung des verseuchten Molkepulvers in den Ernährungskreislauf. Die Bundesregierung stellt in ihrer Antwort fest, daß für die Vermarktung des Pulvers ausschließlich das beauftragte Unternehmen verantwortlich sei. Wie das bei einem Unternehmen aussieht, dem der Staatsanwalt auf den Fersen ist, kann ich mir vorstellen.

Geradezu phantastisch ist der Kostenanstieg im Verlauf der Diskussion. Hier hat die Bundesregierung die Öffentlichkeit seit Monaten in die Irre geführt. Jetzt gibt sie zu, daß neben den vermuteten Entsorgungskosten von 13 Millionen Mark zu Vorbereitung der Maßnahme vier Millionen Mark nötig seien. Aus der Antwort geht weiter hervor, daß bisher für Transport, Lagerung und Bewachung in Meppen und Feldkirchen 800.000 Mark aufgewendet werden mußten.

Die Gesamtkosten der Bonner Regierungskonzeption dürften sich auf 40 bis 50 Millionen Mark belaufen. Eine aufwendige Umwandlung des verstrahlten Pulvers ist aus diesen Gründen nicht möglich.

Stattdessen schlägt die Landesgruppe der bayerischen SPD-Abgeordneten vor, das Pulver für einige Jahrzehnte zu lagern. Dies wäre in Metallicontainern zum Beispiel in einem Bergwerkstollen möglich.

Es würde nur ein Bruchteil der Kosten des Römer-Verfahrens verursachen und wäre bei einer vernünftigen und umfassenden Aufklärungspolitik rasch zu verwirklichen.

(-/24.8.1987/st/ks)

\* \* \*

